

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 34.302  
Verlag: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Chiffre Dresden, Girokonto: Chiffre Dresden Nr. 666  
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für den Inhalt: Eugen Berner, beide in Dresden.

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4  
87. Jahrgang

216

Mittwoch, den 16. September

1925

## Die Entschliessungen der Hochfinanz

### Der 6. deutsche Bankiertag

Im weiteren Verlaufe der Sitzung des deutschen Bankiertages sprach der Präsident der Preussischen Staatsbank Schröder, der a. a. ausführte: Der Vorwurf, daß zu viel Gelder namentlich kurz nach der Inflation in öffentlichen Hand gehalten worden sind, ist unberechtigt. Die Beiträge und erhebliche Überschüsse. Von einer Inflationspolitik kann nicht gesprochen werden.

Gegenwärtig stehen etwa 5 Milliarden Kredite wieder zur Verfügung, während im Jahre 1920 bis 1924 Millionen öffentlicher Gelder festliegen.

Das ist gewiß nicht unerheblich, spielt aber nicht die Rolle, die man angenommen hat. Es ist dem Reichsfinanzministerium gelungen, die beteiligten Stellen des Reiches und der Länder zu verpflichten, für ihre Gelder 7½ Proz. Zinsen zu nehmen. Bedingt die Post ist beim Einlage von 3 Prozent verblieben, der übrige Teil auch von vielen Privatbanken geschildert.

Die öffentlichen Banken haben schon somit den ersten Schritt zur Ermäßigung der Zinsfüße getan.

Jetzt ist es Aufgabe der Privatbanken, zu prüfen, wie eine Verbilligung der Bankkonditionen zu bewerkstelligen ist.

Dann sprach Präsident Dr. Kleiner vom deutschen Sparkassen- und Giroverband. Er wandte sich gegen die Vermutung, daß die Sparkassen und Girozentralen neuerdings wieder versucht hätten, Kreditgeschäfte zu machen und führte weiter aus: Von den 8000 Sparkassen des Verbandes beschließen sich keineswegs alle mit Kreditgeschäften. Viele sind lediglich Annahmestellen.

Wir treten an, daß die Sparkassen sich in ihrem Verleihungskreis auf ihren örtlichen Geschäftsbereich beschränken.

Nach weiteren Reden von Eichhorn-Dreslau, Leopold Herzog aus Frankfurt a. M., Direktor Wasserbach aus Berlin und Dr. Pfeiffer aus Rassel wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Es wird endgültige Abkehr von der jetzigen Steuerpolitik gefordert. Dagegen ist eine allgemeine Senkung des Satzes der auf Grund des Steuerübertragungsrechtes zu entrichtenden Vorauszahlungen notwendig. Es wird anerkannt, daß auch in der Hand des Bankgewerbes Verbesserungen möglich sind. Insbesondere muß bei Kreditgewährungen von der Bankseite mehr als bisher zwischen Krediten zu volkswirtschaftlich notwendigen und volkswirtschaftlich entbehrlichen Zwecken unterschieden werden. Wesentlich werden die Unkosten der Banken durch die große Zahl der Wettbewerber erhöht. Die in den letzten Jahren erfolgten umfangreichen Neugründungen staatlicher, kommunaler und gemischtwirtschaftlicher Banken haben die Überfüllung des Bankensystems verschärft. Es muß daher dringend gefordert werden, daß dieser Entwicklung Einhalt geschieht.

Eine zweite Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die in Deutschland wiederhergestellte stabile Währung zu stärken und vor erneuter Gefährdung zu schützen, ist das wichtigste gemeinsame Interesse aller Wirtschaftskreise. Der Bankiertag stimmt deshalb der von der Reichsbank durchgeführten Abwehr der Kreditvermehrung zu. Eine übermäßige Veranschlagung an das Ausland ist dauernd einen Druck auf unsere Währung aus. Die Verminderung dieses Drucks ist notwendig. Eine der wichtigsten Zukunftsfragen der deutschen Währungspolitik ist die Verminderung der Abhängigkeit unserer industriellen Produktion von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe. Die Bestrebungen auf Wiedererlangung geeigneter überseeischer Kolonialbesitze müssen daher aufs tatkräftigste unterstützt werden.

### Nach Ueberreichung der Einladung

Zu der gestern schon in einem Teile unserer Ausgabe gemeldeten Ueberreichung der Einladung an Stresemann zur Teilnahme an der Konferenz liegen folgende weitere Berichte vor: Es handelt sich nicht um eine von Briand unterzeichnete Note, sondern nur um ein Memorandum. Memoranden pflegen nicht unterschrieben zu sein. Das Schriftstück ist kurz und wird am Donnerstag früh veröffentlicht. Es wird darin lediglich festgehalten, daß es nach Aufassung der allerersten Regierungen wünschenswert ist, den Beschluß einer Konferenz festzuhalten; weiter wird es für wünschenswert erklärt, diese Konferenz Ende September oder Anfang Oktober zusammenzutreten zu lassen. Ein Ort wird nicht genannt.

Die deutsche Antwort auf das Memorandum wird erst erfolgen, nachdem sich das Kabinett über die Angelegenheit geeinigt hat. Am Montag tritt, wie schon gemeldet, zu diesem Zweck ein Ministerrat zusammen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß in dem Memorandum ganz allgemein von einer Ministerkonferenz nicht gesprochen wird, also nicht speziell von einer solchen der Außenminister. — Der englische Geschäftsträger in Berlin hat gestern mittig nach Ueberreichung des Memorandums im Auswärtigen Amt vorgelassen, wo er eine Besprechung mit dem Reichsaussenminister hatte.

Italien wird, wie schon mitgeteilt, an der Konferenz teilnehmen. Das Genfer „Journal“ will wissen, daß bei den Bonaner Verhandlungen auf Verlangen Frankreichs ein Verzeichnis derjenigen Fälle aufgestellt worden sei, in denen Frankreich unbedingter der Unverletzlichkeit der belagerten Deutschlands seinen östlichen Alliierten zu Hilfe kommen kann.

Diese Liste hätte Frankreich als zu kurz und zu unbestimmt befunden. Großbritannien trete auf dem Standpunkt, daß sie ausreichend genug sei, und fürchte, daß sie bei einer Erweiterung den unüberwindlichen Widerstand Deutschlands hervorrufen werde.

Nach einer Genfer Mitteilung des „Journal des Debats“ ist der Antrag Deutschlands für den Beitritt des Reiches zum Völkerbund schon in nächster Zeit zu erwarten. (?)

### Addison bei Stresemann

Im Anschluß an den Besuch des französischen Botschafters suchte gestern mittig der englische Geschäftsträger, Botschaftsattaché Addison, den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann auf und überbrachte namens der englischen Regierung die Einladung zur Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt.

### Am 6. Oktober in Luzern?

Die „Voss. Zig.“ bezieht sich auf Grund von Informationen aus Berliner diplomatischen Kreisen als wahrscheinlichen Termin für den Zusammenritt der Sicherheitspaktkonferenz den 6. Oktober an und erklärt, daß als Tagungsort von schweizerischen Städten in erster Linie Luzern in Betracht komme.

Die „Tägl. Rundschau“ betont, daß die bevorstehende Ministerkonferenz nicht eine Entree der Außenminister, sondern eine Vollkonferenz der bevollmächtigten Minister sei. Bezüglich des Verhandlungsprogramms weist das Blatt darauf hin, daß sich die Juristen in London lediglich mit dem Rheinpakt beschäftigen hätten. Es sei daher ganz natürlich, daß auch die Ministerkonferenz ihre Arbeiten in derselben Weise begrenze. Die bevorstehende werde also wohl den ganzen Komplex der Ostfragen aus ihren Verhandlungen auscheiden. Damit dürfte auch die Frage beantwortet sein, ob Polen und die Tschechoslowakei auf dieser Konferenz vertreten sein würden.

### Bayern verlangt erst Besprechung mit den Ländern

Der bayerische Gesandte war gestern im Auswärtigen Amt. Er überreichte die dringliche Vorstellung seiner Regierung nach Anhörung der Länderregierungen, bevor das Reichskabinett auf die Einladung Briands sich schlüssig mache.

### Das Eingreifen Rußlands

Im Augenblick der Ueberreichung der allerersten Einladung an die deutsche Regierung ist aus Warschau eine auffallend rasche Meldung eingetroffen, die für die bevorstehenden Sicherheitsverhandlungen von großer Bedeutung ist. Danach hat die russische Sowjetregierung das Warschauer Außenministerium davon verständigt, daß der russische Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, am kommenden Sonntag in Warschau eintreffen wird, um mit der polnischen Regierung zu verhandeln. Daraus hat sich der in Genf weilende polnische Außenminister Graf Pizagnolski sofort mit Briand in Verbindung gesetzt.

Der Schritt Tschitscherins hängt ohne Zweifel unmittelbar mit der Sicherheitsfrage zusammen. Es ist sogar möglich, daß die polnische Regierung Tschitscherin nach Warschau geschickt hat, um durch eine heimliche Verhandlung mit Rußland eine Einigung über die Dmähme zu den Sicherheitsverhandlungen zu erzwingen, weil Polen höherem Vernehmen nach keine Einladung zur Teilnahme an der Konferenz erhalten hat. Inzwischen ist in Berlin die Nachricht eingetroffen, daß Tschitscherin sich von Warschau aus nach Berlin begeben soll. Es ist daher anzunehmen, daß der russische Außenminister sich auch mit dem deutschen Reichsminister Dr. Stresemann in Verbindung setzen wird. Da jedoch vorläufig noch sehr wenige Einzelheiten über die Absichten Rußlands vorliegen, wird allgemein angenommen, daß die russische Politik einen Gegenvorschlag gegen die Sicherheitsverhandlungen fügen und die deutsche Regierung vor neue Taktiken stellen will. Trifft diese Vermutung zu, so würde der Vorstoß Rußlands von ganz unabsehbarer Tragweite sein.

### Die Völkerbundsversammlung

Die Versammlung setzte gestern die Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Völkerbundssekretariats fort. Der Führer der finnländischen Delegation, Idman, legte die Stellung seines Landes zum Genfer Protokoll dar und wies darauf hin, daß es Staaten gebe, die im Frieden leben möchten, aber ständig von ihren Nachbarn bedroht würden. Sein Land könne daher nicht darauf verzichten, die nationale Verteidigung auszubauen. Idman erklärte, das Genfer Protokoll habe in seiner heutigen Form zwar verschiedene Mängel, trotzdem irrete Finnland für eine allgemeine Regelung des Sicherheitsproblems ein, wobei es den größten Wert auf den Ausbau des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens lege. Nachdem Loucheur die gemeldete Resolution bekräftigt hatte, forderte Fernandes-Brillien an Stelle von regionalen Abkommen den Abschluß von internationalen Abmachungen. Der griechische Außenminister Rentis teilte mit, daß Griechenland zur Regelung der Frage eines wirtschaftlichen Zuganges für Bulgarien zum Ägäischen Meer unter Mitarbeit des Völkerbundes bereit sei.

### Frankreich verlangt eine internationale Wirtschaftskonferenz

Loucheur (Frankreich) verließ gestern in der Völkerbundsversammlung die angekündigte Resolution, in der die sofortige Bildung eines Ausschusses verlangt wird, der auf breiter

Grundlage und in Zusammenarbeit mit den technischen Organisationen des Völkerbundes und des internationalen Arbeitsamtes eine internationale Wirtschaftskonferenz zur Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten vorbereiten soll. Die Einberufung der Konferenz wird dem Völkerbundsrat überlassen. Die Konferenz soll die Wirtschaftsschwierigkeiten untersuchen, die der Wiederaufrichtung eines allgemeinen Wohlstandes entgegenstehen und Mittel zur Überwindung dieser Schwierigkeiten und zur Vermeidung von Konflikten feststellen.

Im Verlaufe der Sitzung erklärte der finnische Außenminister Idman, das Genfer Protokoll habe in seiner heutigen Form zwar verschiedene Mängel, trotzdem trete Finnland für eine allgemeine Regelung des Sicherheitsproblems ein, wobei es den größten Wert auf den Ausbau des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens lege. Nachdem Loucheur die gemeldete Resolution bekräftigt hatte, forderte Fernandes (Brasilien) an Stelle von regionalen Abkommen den Abschluß von internationalen Abmachungen. Der griechische Außenminister Rentis teilte mit, daß Griechenland zur Regelung der Frage eines wirtschaftlichen Zuganges für Bulgarien zum Ägäischen Meer unter Mitarbeit des Völkerbundes bereit sei.

### Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Wie bereits zu der gestern ratifizierten Unterredung zwischen Trendelenburg und Chaumet mitgeteilt, war sie im Grunde genommen nur eine einfache Fühlungnahme, die übrigens beiderseits sehr herzlich gewesen sei. Beiderseits sei der Wunsch betont worden, zum Ziele zu gelangen und zwar in möglichst kurzer Frist. Im Laufe der zweitägigen Unterredung habe man auch die verschiedenen Fragen bezüglich des Verfahrens und die technische Seite der Fragen, die noch nicht geklärt seien, ins Auge gefaßt. Morgen nachmittag werde die eigentliche Besprechung aufgenommen werden. Erst nach der zweiten Zusammenkunft werde man zweifellos über die Richtung, welche die Verhandlungen nehmen, etwas sagen können.

### Die deutschen Reparationszahlungen

Der Generalagent für Reparationszahlungen veröffentlichte eine Zusammenstellung über die bis zum 31. August 1925 vom Deutschen Reich geleisteten Reparationen. Danach betragen die Eingänge 1 000 457 572,45 M., davon der Barbetrag aus dem Ertrag der deutschen auswärtigen Anleihe 800 Millionen Mark, der Barbetrag 200 Millionen Mark, die Zahlungen betragen 893 444 301,56 M., davon an und für Rechnung von Großbritannien 180 883 496,74 M., an und für Rechnung von Frankreich 398 579 043,33 M., für Aufwendungen der Reparationskommission 5 350 000 M., der Rheinlandkommission 9 420 887,84 M., der Militärkontrollkommission 7 750 730,81 M., für den Dienst der deutschen ausländischen Anleihe 77 529 578,80 M., der Barüberschuß betrug am 31. Aug. 1925 107 013 270,80 M.

### Eine Denkschrift der saarländischen Arbeiter

Eine saarländische Delegation hat im Namen der Arbeitergewerkschaftsverbände des Saargebietes dem Völkerbundsrat eine Denkschrift überreicht, in der dagegen Beschwerde geführt wird,

daß die Regierungskommission des Saargebietes den im Versailler Vertrag aufgestellten Grundsätzen über soziale Gerechtigkeit keine genügende Beachtung schenke.

Die Arbeitnehmerchaft des Saargebietes, die mehrfach die sozialpolitischen Wünsche der Ar.